



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 12.06.2025**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	17:00 Uhr bis 20:28 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Prof. Dr. Claudia Dalbert

Olaf Böhlke

Birgit Marks

Alexander Raue

Dr. Jörg Erdsack

Katja Müller

Dr. Silke Burkert

Ferdinand Raabe

Andreas Wels

Tim Kehr wieder

Torsten Doege

Josef Hebeda

Marion Krischok

Johannes Menke

Julius Neumann

Miriam Schöps

Sabine Wolf

Ausschussvorsitzende,

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

AfD-Stadtratsfraktion Halle

AfD-Stadtratsfraktion Halle,

Vertretung für Herrn Radke

AfD-Stadtratsfraktion Halle,

anwesend ab 17.06 Uhr

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale),

Vertretung für Herrn Gernhardt

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion Volt/MitBürger, Vertretung für Herrn

Friedemann Raabe, anwesend ab 17.33 Uhr

Fraktion Hauptsache Halle,

anwesend bis 18.13 Uhr

Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /

FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle

(Saale), anwesend bis 19.36 Uhr

Sachkundiger Einwohner,

anwesend 17.03 Uhr bis 18 Uhr

Sachkundiger Einwohner,

anwesend bis 19.36 Uhr

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner,

anwesend bis 18.19 Uhr

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

René Rebenstorf

Steffen Johannemann

Simone Trettin

Christiane Lütger

Tobias Teschner

Sophie Richter

Sophia Waldowski

Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt

Fachbereich Umwelt

Leiterin Abteilung

Stadtentwicklung/Freiraumplanung

Leiterin Abteilung

Stadterneuerung/Förderung/Finanzen

Leiter Fachbereich Sicherheit

Revierförsterin

stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Dörte Jacobi

Stadträtin

Entschuldigt fehlten:

Torsten Radtke

Daniel Petzold

AfD-Stadtratsfraktion Halle

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Dirk Gernhardt
Friedemann Raabe
Stefan Schulz

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion Volt/MitBürger
Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von der Ausschussvorsitzenden **Frau Prof. Dr. Dalbert** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Wels sagte, dass der TOP 6.2, Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Möglichkeiten hinsichtlich der Errichtung von Friedwäldern, in den September vertagt werden soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

öffentlicher Teil

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.05.2025
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Baubeschluss Grünvernetzung Südstadt inkl. Neubau eines inklusiven Quartiersspielplatzes
Vorlage: VIII/2025/01041
 - 5.2. Bebauungsplan Nr. 174.2 Riebeckplatz–Zukunftszentrum - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VIII/2025/01027
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen
Vorlage: VII/2023/05783
 - 6.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs
Vorlage: VIII/2025/01043

- 6.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überarbeitung der Struktur der monatlichen Baumfällliste
Vorlage: VIII/2025/01096
- 6.4. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Möglichkeiten hinsichtlich der Errichtung von Friedwäldern
Vorlage: VIII/2025/01066

V E R T A G T

- 7. Mitteilungen
 - 7.1. Vorstellung der Försterin
 - 7.2. Informationen zu den Ergebnissen der Wasseruntersuchung Hufeisensee 2023 - 2025
Vorlage: VIII/2025/01243
 - 7.3. Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01267
- 8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zu den Kosten für Unkrautbeseitigung im Umfeld von Gleisanlagen durch die HAVAG und ihre Tochtergesellschaften
Vorlage: VIII/2025/01249
 - 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Kaufhof-Gebäude – hier: Sauberkeit des Umfeldes
Vorlage: VIII/2025/01246
 - 8.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Sicherheit des Radverkehrs – hier: Unfallhäufungsstellen
Vorlage: VIII/2025/01248
- 9. Anregungen
 - 9.1. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Teilpatenschaften für Bäume
Vorlage: VIII/2025/01247
- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.05.2025
- 11. Beschlussvorlagen
- 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13. Mitteilungen
- 14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 15. Anregungen

zu 3 **Einwohnerfragestunde**

zu 3.1 **Fragesteller 1 zu Kosten von Löschwasser und Trinkbrunnen**

Fragesteller 1 bezog sich auf die Antwort der Verwaltung auf seine Frage aus der Sitzung vom 15.05.2025. Er bat um die Erklärung der Refinanzierung und die Stellen im Haushalt 2025 der Kosten von Löschwasser und der Trinkbrunnen. Fragesteller 1 sagte, dass es ein Monitoring der Wasserentnahmen gibt und monatlich kumulierte Summen an die HWS übermittelt werden. Er fragte, ob die Zahlen vorliegen und übermittelt werden. Er bat um Rückmeldung per E-Mail.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Dr. Erdsack bat um die Zusendung der Antworten an die Mitglieder des Ausschusses.

Herr Rebenstorf bejahte das.

zu 4 **Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift**

zu 4.1 **Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.05.2025**

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 15.05.2025.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Baubeschluss Grünvernetzung Südstadt inkl. Neubau eines inklusiven Quartierspielplatzes** **Vorlage: VIII/2025/01041**

Frau Trettin führte in die Beschlussvorlage ein.

Frau Dr. Burkert fragte, ob Tischtennisplatten vorgesehen sind. Außerdem fragte sie, wo die nächste öffentliche Toilette ist und ob ein Trinkbrunnen vorgesehen ist.

Frau Trettin sagte, dass Tischtennisplatten dort nicht vorgesehen sind. Auch Trinkbrunnen und Toiletten sind nicht geplant. Der Standort der nächsten öffentlichen Toilette ist ihr nicht bekannt.

Herr Doege sagte, dass das östlich direkt an die St. Mauritius-Schule angrenzt, die den Standort wechseln wird. Er fragte nach den Planungen dazu.

Frau Trettin antwortet, dass es dazu noch keine intensivieren Planungen gibt.

Herr Doege fragte, ob es einen direkten Durchgang zum LBZ gibt.

Frau Trettin antwortete, dass das LBZ sich einen Durchgang schaffen wird.

Frau Wolf fragte, nach der Beleuchtung auf dem Spielplatz.

Frau Trettin sagte, dass nochmal geprüft werden soll, dass keine Lücken bei der Beleuchtung entstehen.

Herr Dr. Erdsack fragte zu der Förderung und der Zeitschiene.

Frau Trettin sagte, dass die Fördermittel dafür schon zur Verfügung stehen.

Frau Jacobi regte die Installierung einer Trockentoiletten an.

Frau Trettin sagte, dass die Unterhaltungskosten dafür nicht eingeplant sind.

Herr Raue begrüßte die Planungen für den Spielplatz. Er sagte, dass ein Variantenbeschluss besser gewesen wäre. Er fragte, wie man sowas günstiger bauen kann.

Frau Trettin sagte, dass die Anmeldung der Förderung bereits beschlossen wurde. Die Wünsche der Kinder wurden vom Planer mitberücksichtigt. Sie sagte, dass ihr nicht klar ist, dass man bei dem Zugeständnis des Kostenrahmens Varianten entwickeln soll.

Herr Raue sagte, dass an der Stelle nicht die Möglichkeit besteht, einen kleineren Rahmen zu setzen. Die Frage ist, wie man mit Steuergeld sparsamer und sinnvoller umgehen kann.

Frau Trettin sagte, dass bereits ein Förderantrag gestellt wurde und der Förderbescheid vorliegt. Der finanzielle Rahmen wird nicht überzogen, sondern ausgeschöpft.

Frau Wolf fragte nach der Versiegelungsbilanz. Die Wege zwischen den Spielgeräten werden großzügig befestigt sein. Sie fragte, ob das unbedingt notwendig ist.

Frau Trettin sagte, dass die Wege als Rundwege konzipiert sind, da die Rollstuhlfahrer gerne Rennen fahren möchten.

Frau Dr. Burkert sagte, dass der Spielplatz für Kindern von 0-12 Jahre geplant ist. Sie äußerte ihr Bedauern darüber, dass ältere Kinder nicht berücksichtigt wurden bei der Planung.

Frau Trettin sagte, dass der Ansatz bei dem Spielplatz der inklusive Gedanke ist. In der Nähe soll ein Spielplatz um Angebote für Jugendliche ergänzt werden.

Herr Menke fragte zum Verständnis, ob die 1,3 Millionen Euro auch ausgegeben werden, wenn der Stadtrat zustimmt, auch wenn es günstiger ginge.

Frau Trettin verneinte das.

Frau Prof. Dr. Dalbert fragte zur Versiegelung. Sie wollte wissen, ob geprüft wurde, ob als Ausgleich auch eine Entsiegelung stattfinden kann.

Frau Trettin sagte, dass es im direkten Umfeld keine Option gab. Es wurde sich auf den höherwertigen Grünausstattungsfaktor verständigt. Diese Frage wurde jedoch noch nicht abschließend geklärt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, für das Vorhaben Grünvernetzung Südstadt inkl. des Neubaus eines inklusiven Quartiersspielplatzes auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der Grünvernetzung Südstadt inkl. des Neubaus eines inklusiven Quartiersspielplatzes mit einem Gesamtkostenrahmen von 1.241.597 €

zu 5.2 Bebauungsplan Nr. 174.2 Riebeckplatz–Zukunftszentrum - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VIII/2025/01027

Herr Rebenstorf und **Frau Lütgert** führten anhand der Präsentation in die Beschlussvorlage ein. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Rebenstorf sagte, dass Gespräche zum Rondell fortgeführt werden sollen.

Frau Schöps sagte, dass die Straßenüberführung am Rondell noch so eingezeichnet ist, wie gehabt. Sie fragte, wie die Fläche vom Hauptbahnhof kommend, abbiegend zur Magdeburger Straße, besser genutzt werden kann.

Herr Rebenstorf sagte, dass das nicht B-Plan relevant ist. Die konkrete Ausgestaltung ist Gegenstand separater Planungen.

Frau Dr. Burkert fragte, ob Fahrradabstellanlagen, Fahrradparkhäuser oder Fahrradüberdachungen geplant sind.

Herr Rebenstorf sagte, dass keine Fahrradbügel im B-Plan festgesetzt werden können. Die Errichtung eines Fahrradparkhauses ist über die Planungsrechtschaffung für das Hotel bereits erfolgt. Außerdem gibt es mit der Bahn Gespräche über die Errichtung eines Parkhauses mit Fahrradabstellanlagen im Bereich der Ernst-Kamieth-Straße.

Herr Neumann äußerte seine Bedenken, dass sich Menschen gegen einen Besuch entscheiden, wenn sie dort nicht sicher und niedrigschwellig hingelangen können, weil sie zum Beispiel nicht gerne durch Tunnel gehen.

Er fragte, wieviel Gestaltungsspielraum beim Freiraumwettbewerb besteht, wenn der Tunnel im B-Plan schon vorhanden ist oder Verkehrswege grundsätzlich schon festgeschrieben sind.

Herr Rebenstorf antwortete, dass das Gebäude kein konkretes Vorne und Hinten hat. Das war bei der Planung so gewollt. Es wird einen Haupteingang geben, der sich, nach jetzigem Stand, in Richtung Westen abbilden wird. Es müssen verschiedene Wege angebunden werden. Er sagte, in dem B-Plan werden nur Verkehrsflächen festgelegt, keine Aussage

darüber, wie die verkehrsrechtliche Anordnung sein wird. Das Gebäude wird sich allseitig in den Stadtraum präsentieren und wird von allen vier Himmelsrichtungen erreichbar sein.

Herr Neumann fragte, wie der Freiraumwettbewerb reinwirkt. Außerdem fragte er, ob der B-Plan flexibel genug ist, wenn sich an den Verkehrsprognosen was ändert.

Herr Rebenstorf sagte, dass es für den Wettbewerb Vorgaben geben wird. Bewerbungen, die die Vorgaben nicht einhalten, werden ausgeschlossen.

Frau Lütgert sagte, dass es sich bei der Fläche des Rondells um Privateigentum handelt. Im Rahmen des Bebauungsplans und als Verhandlungen mit dem Privateigentümer, ist die Verwaltung angehalten, es auf ein notwendiges Maß zu begrenzen.

Für den Freiraumwettbewerb wird überlegt, es etwas öffentlicher zu gestalten.

Herr Neumann sagte, dass die Ebene minus 1, wo der Durchgang stattfinden würde, nicht als begrünte Mischfläche eingetragen ist. Er fragte, ob es da Möglichkeiten zur Begrünung geben wird.

Frau Lütgert sagte, dass nicht eingetragene Begrünung nicht bedeutet, dass Begrünung ausgeschlossen ist.

Herr Raue äußerte Bedenken gegenüber der Verkehrsplanung. Er befürchtet eine Schlechterstellung des PKW-Verkehrs durch den Abriss der Brücken. Er sagte, dass es unverantwortlich ist, so zu bauen und zu planen. Es wird zu einer Verkehrsverlagerung in der Stadt kommen, die die Umfahrungsstrecken an ihre Leistungsgrenzen bringen wird.

Die Bundesverkehrsprognose prognostiziert für die nächsten 15 Jahre eine Zunahme des mobilen Individualverkehrs. Er sagte, dass nicht jede private Autofahrt durch ein Fahrrad ersetzt werden kann. Aus seiner Sicht sind starke verkehrliche Einschränkungen zu erwarten.

Frau Prof. Dr. Dalbert wies auf einen sachlichen Umgang miteinander hin.

Herr Rebenstorf sagte, dass es bei einer inhaltlichen Auseinandersetzung unterschiedliche Meinungen geben kann. Es wird bei dem Vorhaben versucht, alle Interessen der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen.

Er sagte, dass die Hochstraßenbrücken statisch nicht mehr voll belastbar sind. Die Frage, was aus diesen Brücken werden wird, hätte sich in naher Zukunft ohnehin gestellt.

Frau Wolf bemängelte die unzureichenden Informationen zum Klimaschutz. Zur Lufthygiene liegen gar keine Daten vor. Das Klimagutachten ist auch unzureichend. Sie fragte, ob es noch ein qualifiziertes Gutachten geben wird.

Frau Lütgert sagte, dass es für das Zukunftszentrum als Gebäude ein hohes Anforderungsprofil gibt, den „Standard Nachhaltiges Bauen des Bundes Gold“. Das ist die höchste Stufe, die es momentan in diesem Vorhaben zu erreichen gibt. Der Gewinnerentwurf wird alle die Bedingungen erfüllen. Das Gebäude ist nicht zwingend Bestandteil des Klimagutachtens, das für den Bebauungsplan erforderlich ist.

Aus Kostengründen wurden keine zusätzlichen Inhalte mit aufgenommen, die aus fachlicher Sicht nicht erforderlich sind. Sie sagte, dass die genannten Themen in der Begründung berücksichtigt werden können.

Frau Jacobi fragte zu dem Parkplatz, der wegfallen wird. Dort stehen oft Reisebusse. Sie fragte, wo diese Busse dann parken können.

Herr Rebenstorf sagte, dass es aktuell Gespräche mit der Bahn gibt, um Ausweichflächen für Busse am Güterbahnhof zu errichten. Nähere Informationen dazu liegen noch nicht vor.

Herr Neumann sagte, dass der Anteil des Autoverkehrs bis 2040 leicht abnehmen wird. Der Trend in Halle geht dahin, dass sich mehr Menschen mit dem Rad oder zu Fuß fortbewegen.

Herr Raue sagte, dass er die Verkehrsprognose des Bundes meinte. Diese sieht nicht vor, dass es weniger mobilen Individualverkehr geben wird, sondern, dass es mehr werden wird. Er fragte, warum die Fläche des geplanten Parkhauses am Envia-Gebäude nicht für das Zukunftszentrum in Betracht gezogen wurde. Ebenso hätte man den Parkplatz in der Volkmannstraße dafür verwenden und damit die Hochstraßen erhalten können.

Herr Rebenstorf sagte, dass das Konzept nach Diskussionen und Änderungen vom Stadtrat beschlossen wurde.

Herr Raue fragte, wer die veränderte Verkehrsführung bezahlen wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass das der Steuerzahler bezahlt, sozusagen ist das öffentliches Geld. Der Bund ist für den Hochbau verantwortlich, während die Stadt die Gestaltung des umliegenden Bereichs übernimmt.

Herr Raue sagte, dass andere Straßen überlastet sein werden. Er findet die Planungen unverantwortlich.

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, dass die Argumente verstanden wurden.

Herr Raabe fragte, warum das Dach im MK2 nicht intensiv begrünt werden soll oder mit einer Photovoltaikanlage versehen wird.

Frau Lütgert sagte, dass die intensive Begrünung des MK1 darauf zurückzuführen ist, dass ein Neubau errichtet wird. Bei dem MK2 handelt es sich um das Rondell. Das ist ein bestehender Bau mit statischen Rahmenbedingungen. Der Eigentümer wird nicht gehindert, Dachbegrünung oder eine Photovoltaikanlage zu installieren. Eine Aufforderung dazu ist nicht geplant.

Frau Krischok erkundigte sich nach dem Baumgutachten. Dort steht drin, dass sechs oder sieben Bäume nicht mehr standsicher sind und innerhalb von zwei Wochen beseitigt werden müssen. Sie fragte, ob diese schon entfernt wurden. Außerdem fragte sie zu einem Satz bezüglich eines Reliefs. Das Relief Arbeiterbewegung, was am Haus des Lehrers war, ist eingelagert. Weiter steht drin, es war bis zum Abriss des Gebäudes am Haus des Lehrers. Das ist unverständlich, da das Haus des Lehrers noch steht. Sie bat um Aufklärung.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu den Bäumen zu.

In Bezug auf das Denkmal sagte er, dass die Fassade abgerissen wurde und es sich somit um eine unglückliche Formulierung handelt.

Herr Raue fragte, ob es konkrete Maßnahmen zur Sicherung des Bevölkerungsschutzes und des Zivilschutzes bei den geplanten Gebäuden geben wird. Er sagte, dass das notwendig ist.

Herr Kehrwieder stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Herr Raue sagte, dass es nach seiner Antwort möglich ist.

Frau Prof. Dr. Dalbert wies darauf hin, dass der Antrag sofort aktiv wird.

Herr Raue sagte, dass er eine Antwort erwartet.

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, dass sie **Herrn Raue** ausreden lassen muss und dann der Geschäftsordnungsantrag zum Tragen kommt.

Herr Raue sagte, dass man im Gespräch ist und der Geschäftsordnungsantrag nicht abgestimmt werden muss. Er sagte, dass eine Abstimmung nach der Antwort der Verwaltung erfolgt, dass er ein Recht auf eine Antwort hat und er darauf besteht.

Frau Prof. Dr. Dalbert verlas aus der Geschäftsordnung und sagte, dass keine weitere Aussprache zur Sache stattfindet. Sie stellte den Geschäftsordnungsantrag zum Abbruch der Debatte zur Abstimmung. Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 174.2 „Riebeckplatz-Zukunftszenrum“ in der Fassung vom 12.05.2025 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 174.2 „Riebeckplatz-Zukunftszenrum“ in der Fassung vom 12.05.2025 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung sind zu veröffentlichen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen
Vorlage: VII/2023/05783**

Frau Müller führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Kehr wieder sagte, dass es in Tübingen keinen direkten Zusammenhang gibt zwischen der Abfallmenge und der Verpackungssteuer. Diese Steuer führt nicht zwangsläufig zur Abfallreduzierung. Das ist an den Zahlen belastbar. Für die Gastronomen und die Stadtverwaltung ergibt sich ein zusätzlicher Dokumentationsaufwand. Er sagte, dass durch die Eintreibung der Steuer mehr Personalstellen in der Stadtverwaltung benötigt werden.

Herr Raue sagte, dass die Fraktion das auch so sieht. Es wird mehr Bürokratie und höhere Kosten geben. Mehr als eine zusätzliche Steuereinnahme für die Stadt wird es nicht geben.

Herr Raabe sagte, dass in der Studie die Gesamtmüllmenge betrachtet wurde und nicht abgeleitet werden kann, wie hoch der Anteil der Einwegverpackungen tatsächlich ist. Er sagte, dass die Steuer nicht bezahlt werden muss, wenn man sein eigenes Behältnis mitbringt. Diese Entscheidung kann jeder selbst treffen. Das Hauptproblem besteht in der übermäßigen Müllproduktion.

Herr Hebeda fragte, warum die großen Supermärkte nicht mit reingenommen wurden. Er sieht das als ungerecht an.
Er fragte, wie die Steuer am Ende abgerechnet wird, wer das tun wird und mit welchem personellen und finanziellen Mehrbedarf die Verwaltung bei einer Einführung der Steuer rechnet.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Raue sagte, dass jeder bereits jetzt sein eigenes Behältnis mitbringen kann. Das ist dann eine hygienische Frage, da nicht sichergestellt werden kann, dass alle privaten mitgebrachten Behältnisse hygienisch einwandfrei sind. Viele Verpackungen sind inzwischen schon aus Pappe und anschließend sind das thermische Rohstoffe. Er sagte, dass er keine Notwendigkeit sieht, diese Steuer in Halle einzuführen.

Herr Dr. Erdsack sagte, bezugnehmend auf seine Anfrage im Ausschuss am 15.05.2025, dass seitens der Stadt keine Unterstützung zu finden ist für die flächendeckende Einführung von Mehrwegverpackungen und die Gastronomen auch nicht davon überzeugt sind.
Er fragte, ob es in Halle an einigen Stellen überhandnimmt, mit übervollen Mülleimern mit Verpackungsmaterialien von Fastfood. Er hat das noch nicht registriert.

Frau Müller sagte, dass die Mülleimer streckenweise überquellen. Der Müll wird teilweise sorglos in der Umgebung entsorgt.
Sie äußerte, der Hauptanlass für eine Verpackungssteuer ist Müllvermeidung. Höhere Einnahmen sind ein Nebeneffekt. Auch die großen Läden können mit eingebunden werden. Sie sagte, dass es für alle Gastronomen bereits seit 2023 eine Mehrwegpflicht gibt.

Frau Schöps betonte, dass es vorteilhaft wäre, konstruktiv darüber zu diskutieren, wie Plastikmüll vermieden werden kann. Sie regte an, im Entwurf festzuhalten, dass ein regelmäßiger Überprüfungszeitraum eingeführt wird, um zu evaluieren, ob die Steuer weiterhin erforderlich ist.
Sozial benachteiligte Gruppen sollten ermutigt werden, auf Mehrwegverpackungen umzusteigen, beispielsweise durch Aufklärungsprogramme.

Herr Kehr wieder sagte, dass es laut einer Studie bewiesen ist, dass sozial benachteiligte Gruppen öfter auf Fastfood zurückgreifen.
Er sagte, diese Verpackungssteuer an sich, wird keinen einzigen Cent mehr in die Haushaltskasse spülen, weil sie dafür nicht konzipiert ist.

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, dass die EU-Verordnung nächstes Jahr wirksam werden wird. Sie ist zuversichtlich, dass hier der Zustand vor Corona wiederhergestellt werden kann, dass die Menschen ihr eigenes Verpackungsbehältnis zum Befüllen mitbringen. Ein Wiederverwendungsgebot kommt dann ein Jahr später zum Tragen. Sie sagte, dass daher die Einführung der Verpackungssteuer unnötig ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Orientiert an der Verpackungssteuersatzung der Gemeinde Tübingen entwirft die Stadtverwaltung eine rechtssichere Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf „to go“ Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck.

Die Einführung einer Verpackungssteuer in Halle (Saale) soll den im öffentlichen Raum anfallenden Verpackungsmüll und entsprechend anfallende Kosten für Müllentsorgung reduzieren. Gleichzeitig soll sie Steuereinnahmen generieren und einen Anreiz zur Verwendung von Mehrwegsystemen setzen. Über die erstellte Satzung und die verbindliche Einführung einer Verpackungssteuer stimmt der Stadtrat nach Vorlage erneut ab.

zu 6.2 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs**
Vorlage: VIII/2025/01043

Frau Dr. Burkert führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Dr. Erdsack fragte, ob es in anderen Kommunen ähnliche Begehren gibt und ob diese schon ausgereift sind.

Frau Dr. Burkert antwortete, dass der Vorsitzende des Städtebundes den Finanzierungsbedarf sieht. Andere Kommunen sehen sich im Bereich ÖPNV unterfinanziert.

Herr Raue sagte, dass der Antrag für erledigt zu erklären ist. Die Fraktion wird dem nicht zustimmen.

Frau Müller sagte, dass ein gut ausfinanzierter ÖPNV zu begrüßen ist, aber einen Appell an die Bundesregierung hält sie hier nicht für sinnvoll.

Herr Neumann sagte, dass er den Bedarf sieht, dass im Bereich ÖPNV mehr passieren muss. Er hält es für sinnvoll, sich für eine Finanzierung einzusetzen.

Herr Kehrwieder erklärte, dass im Nahverkehrskonzept ein ähnlicher Satz wie im Antrag enthalten ist. Daher sollte der Antrag als erledigt betrachtet werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über den Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt auf eine Initiative der Kommunalen Spitzenverbände gegenüber der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag mit dem Ziel hinzuwirken, die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs neu zu strukturieren. Dabei muss der Bund der öffentlichen Bedeutung des ÖPNV für eine sozial-orientierte und klimabewusste Mobilität entsprechend die Hauptverantwortung übernehmen.
2. Der Oberbürgermeister berichtet dem Stadtrat einmal im Quartal über den Erfolg und Fortgang der Initiative.

**zu 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überarbeitung der
Struktur der monatlichen Baumfällliste
Vorlage: VIII/2025/01096**

Frau Prof. Dr. Dalbert führte in den Antrag ein. Sie sagte, dass es wichtig ist, dass es eine Mitteilung der Stadtverwaltung über Ersatzpflanzungen gibt. Diese müssen nicht zwingend in der Baumfällliste abgebildet sein. Sie sagte, dass der 5. Punkt „realisierte Ersatzpflanzungen mit Angaben zu Pflanzzeitpunkt, Baumart und konkreten Standorten bei städtischen Bäumen“ in dem aktuellen Antrag gestrichen werden soll und dass es im Herbst einen separaten Antrag zu den Ersatzpflanzungen geben wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass er die Zustimmung zu dem geänderten Antrag empfiehlt.

Frau Krischok äußerte ihre Verwunderung, dass für die gewünschten Änderungen der Liste extra ein Antrag gestellt wird. Bisher ging das unkomplizierter.

Herr Dr. Erdsack äußerte Bedenken, dass Umweltschützer aktiv werden, wenn die genauen Standpunkte von Fällungen von Bäumen bekannt werden.

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, dass die genauen Termine der Fällungen nicht in der Liste stehen werden.

Herr Raue äußerte ebenfalls Bedenken, dass Leute aus der Stadtgesellschaft aktiv werden, wenn Fällungen bekannt werden. Außerdem sei die neue Liste mit mehr Bürokratie und Berichtspflicht verbunden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: zugestimmt nach Änderungen

Abstimmungsergebnis SR: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Die monatlich im Ausschuss Klimaschutz, Umwelt und Ordnung als Informationsvorlage veröffentlichte Baumfällliste wird hinsichtlich folgender Informationen ergänzt:

- Baum im Eigentum der Stadt/Baum im Eigentum von Dritten
- konkrete Standorte der zur Fällung beantragten städtischen Bäume (entfällt bei Bäumen im Eigentum von Dritten)
- Baum Bestandteil einer geschützten Allee oder geschützten einseitigen Baumreihe
- Stammumfang der zur Fällung beantragten Bäume
- ~~realisierte Ersatzpflanzungen mit Angaben zu Pflanzzeitpunkt, Baumart und konkreten Standorten bei städtischen Bäumen~~

Zu prüfen ist, ob die Spalten in der Liste „Zeitraum“, „BSK-Ortstermin am“ und „Aktenzeichen“ entfallen können. Liegt ausnahmsweise zu einem konkreten Sachverhalt eine Einschätzung der Baumschutzkommission vor, ist bei der Beschreibung der Gründe für die Entscheidung darauf einzugehen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Vorstellung der Försterin

Herr Rebenstorf informierte zum Leitbild Wald. Dieses kommt voraussichtlich nach der Sommerpause.

Die Revierförsterin **Sophie Richter** stellte sich und ihren Arbeitsbereich vor. Sie ist studierte Forstwissenschaftlerin. Nach dem Studium hat sie ihre Anwartschaft in Sachsen absolviert. Anschließend war sie im Staatsbetrieb Sachsenforst tätig. Seit einem Jahr ist sie Revierförsterin in Halle (Saale).

Frau Dr. Burkert fragte, was für Kinder und Jugendliche geplant ist, damit die Beziehung zum Wald gestärkt wird.

Frau Richter sagte, dass sie, soweit es die Zeit zulässt, Umweltbildung selbst betreibt. Sie ist zum Beispiel mit Schulklassen im Wald aktiv. Ein enger Austausch besteht mit den Waldkindergärten.

Frau Schöps fragte, welche Erfahrungen mit umfangreicheren Waldumbauarbeiten gemacht wurden im Stadtwald. Sie fragte, ob es aus der Bevölkerung positive oder negative Rückmeldungen gibt. Außerdem fragte sie, ob es im Bereich Öffentlichkeitsarbeit Bedarf in dem Bereich besteht.

Frau Richter antwortete, dass Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird. Es gibt auch jährlich stattfindende Pflanzaktionen, die medial wirksam sind. Bezüglich der Waldumbauarbeiten erklärte sie, dass diese sich am Waldeinrichtungswerk orientieren. Dieses Werk dient ihr als Leitfaden.

Frau Müller fragte, was die Herausforderungen eines Stadtwaldes sind, gegenüber dem Sachsenforst.

Frau Richter sagte, dass der Stadtwald einem hohen Besucherdruck unterlegen ist. Das gibt es in anderen Revieren nicht. Die Jagd ist in einem Stadtwald schwieriger umzusetzen, da das Wild permanent durch die Besucher beunruhigt wird.

Frau Müller fragte, ob der Holzbau bei dem Thema Stadtwald in Halle eine Rolle spielt.

Frau Richter sagte, dass das Holz regional vermarktet wird.

Frau Müller fragte, ob das Holz für öffentliche Bauaufträge genutzt wird.

Her Rebenstorf sagte, dass der Stadtwald dafür zu klein ist.

Herr Neumann fragte, nach Bürgerbeteiligungen. Außerdem fragte er nach den Top-3-Prioritäten für die nächsten 12 Monate.

Frau Richter antwortete, dass Öffentlichkeitsarbeit betrieben wurde und wird. Die Top-3 benannte sie mit der Jahresplanung, den Vorbereitungen für die nächsten Pflanzaktionen und die Planung für den Holzeinschlag für die Wintermonate.

**zu 7.2 Informationen zu den Ergebnissen der Wasseruntersuchung Hufeisensee
2023 - 2025
Vorlage: VIII/2025/01243**

Herr Johannemann informierte über die Ergebnisse der Wasseruntersuchung Hufeisensee 2023 – 2025. Die Unterlagen sind im Ratsinformationssystem hinterlegt. Er sagte, dass sich ein Badeverbot anhand der Werte nicht mehr begründen lässt.

Frau Schöps fragte, welche Gründe zu den erhöhten Messwerten des Vinylchlorids geführt hat.

Herr Johannemann sagte, dass die Gründe unklar sind.

Frau Dr. Burkert fragte, ob die Bürgerinnen und Bürger sich im See erfrischen können.

Herr Johannemann sagte, dass das bereits gängige Praxis ist. Dass Badeverbot ist aus Vorsorgegründen ausgesprochen worden.

Frau Marks fragte, ob die Beprobungen in unterschiedlichen Wassertiefen vorgenommen wurden.

Herr Joehannemann sagte, dass das oberflächennahe Schöpfproben waren und immer in derselben Tiefe.

Frau Müller fragte zum Verständnis, dass der See aber nicht zum Badegewässer erhoben werden soll?

Herr Johannemann bejahte das. Es sagte, es wird vom Baden abgeraten.

Herr Raue fragte, wie viele Proben entnommen wurden und in welchem Zeitraum.

Herr Joehannemann sagte, über zwei Jahre und über 400 Proben.

Herr Dr. Erdsack fragte, ob es Vergleichswerte von anderen Badegewässern in Halle gibt.

Herr Johannemann verneinte das.

Frau Schöps fragte, ob der Eintrag was mit der renaturierten Deponie in Golfplatznähe zu tun hat.

Herr Johannemann verneinte das.

zu 7.3 Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01267

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Mitteilung unter TOP 7.3 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Krischok fragte zu den sechs Bäumen am Kirchtor und wie man die Neupflanzungen zukünftig vor Anfahrschäden schützen kann.

Herr Johannemann sagte, dass in der Regel die Holzstützen schützen. Diese können jedoch keinem LKW standhalten.

Frau Wolf fragte zu den 12 Baumlücken am Kirchtor und wollte wissen, wann es dort Nachpflanzungen geben wird.

Herr Johannemann sagte, dass es einen Antrag bezüglich der Nachpflanzung gibt. Er bot ein Treffen vor Ort an, um diesbezüglich weitere Möglichkeiten zu erörtern.

zu 7.4 Information zur Schulabstinenz

Herr Teschner informierte zur Sachlage der Schulabstinenz. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Neumann sagte, dass die laufenden Verfahren im Vergleich zu den neuen Verfahren deutlich zunehmen. Er fragte, ob das auf die veränderte Meldethematik zurückzuführen ist.

Herr Teschner sagte, dass das unterschiedliche Gründe haben kann. Es könnte auch auf das Meldeverhalten der Schulen zurückzuführen sein.

zu 7.5 Info zum Fluglärmbeauftragten

Herr Rebenstorf informierte darüber, dass sich der Fluglärmbeauftragte in der Sitzung im September vorstellen wird. Fragen können bis 15.08.2025 über die Verwaltung eingereicht werden.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 8.1 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zu den Kosten für Unkrautbeseitigung im Umfeld von Gleisanlagen durch die HAVAG und ihre Tochtergesellschaften
Vorlage: VIII/2025/01249**

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt in einer späteren Sitzung.

**zu 8.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Kaufhof-Gebäude – hier: Sauberkeit des Umfeldes
Vorlage: VIII/2025/01246**

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.2 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Dr. Burkert fragte, wie oft die Reinigung durchgeführt wird. Sie regte eine bauliche Veränderung an, um den Missstand dauerhaft zu beheben.

Herr Rebenstorf sagte, dass das Gelände ein Privatgrundstück ist und der Eigentümer dafür verantwortlich ist. Es soll noch einmal auf den Eigentümer zugegangen werden.

**zu 8.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Sicherheit des Radverkehrs – hier: Unfallhäufungsstellen
Vorlage: VIII/2025/01248**

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.3 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 8.4 Frau Wolf zu Förderprogrammen

Frau Wolf fragte zum neuen Programm „Klimaschutz in Kommunen“ und ob eine Bewerbung vorgesehen ist. Außerdem fragte sie nach dem Sachstand der Bewerbung für das Programm „Klima III“ für den Marktplatzbrunnen und die August-Bebel-Straße.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.5 Frau Schöps zum Elektromobilitätskonzept

Frau Schöps fragte, wann das Elektromobilitätskonzept im Ausschuss behandelt wird.

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, dass es aus personellen Gründen in den September vertagt wurde.

zu 8.6 Frau Schöps zur Erweiterung des Golfplatzes

Frau Schöps fragte, ob es Informationen zur Erweiterung des Golfplatzes gibt.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.7 Herr Raue zum Zukunftszentrum

Herr Raue fragte, ob es Planungen gibt, am Zukunftszentrum Schutzeinrichtungen im Sinne des Zivilschutzes zu errichten.

Außerdem fragte er, welche konkreten Planungsschritte umgesetzt werden mit dem Neubau des Zukunftszentrums in Bezug des Baus eines Parkhauses in unmittelbarer Nachbarschaft.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Gesetzgeber es nicht vorsieht, dass für den Zivilschutz in Kellern entsprechende Einrichtungen vorgehalten werden müssen. Solche Vorkehrungen sind nicht Gegenstand der aktuellen Bauleitplanung.

Herr Raue sagte, dass es bei einer derartigen Investition sinnvoll wäre, dass das Bauwerk derart ertüchtigt wird, um für Eventualitäten im Bereich Zivilschutz gewappnet zu sein. Er fragte, ob das Anliegen mit dem Bund als Bauherr diskutiert wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass es rechtlich dafür keine Basis gibt. Er nahm die Anregung auf und sicherte zu, diese an den Bund weiterzugeben.

zu 8.8 Herr Neumann zu Diebstählen

Herr Neumann fragte, ob eine erhöhte Anzahl von Diebstählen auf Friedhöfen zu verzeichnen ist.

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.9 Herr Neumann zu Bepflanzungen

Herr Neumann bemängelte, dass die Bepflanzungen am Joliot-Curie-Platz nicht biodivers sind. Er regte an, eine mehrjährige Bepflanzung mit einheimischen Pflanzen zu nutzen.

Herr Rebenstorf nahm die Anregung auf.

zu 8.10 Herr Neumann zu Straßenzuständen

Herr Neumann sagte, dass die Kleine Ulrichstraße und die Straße vor der Oper beschädigt sind und dies zu Unsicherheiten beim Radverkehr führt. Er bat um Begutachtung.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.11 Frau Krischok zum Landschaftsschutzgebiet

Frau Krischok fragte nach dem aktuellen Sachstand des Landschaftsschutzgebietes Bruckdorfer Revier.

Herr Johannemann sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.12 Frau Krischok zum Leitbild Marktplatz

Frau Krischok fragte, wie die Verwaltung die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Leitbild Marktplatz in ihre Entscheidungen einbeziehen wird. Insbesondere geht es um Aspekte wie die Festlegung von Markttagen, die Größe und Gestaltung des Wochenmarktes, die Konzepte für den Weihnachtsmarkt und den Töpfermarkt sowie die Marktplatzreinigung und die Integration von Beschattungselementen.

Frau Lütgert sagte, dass derzeit eine Beschlussvorlage für September vorbereitet wird, in der sich zu den einzelnen Schritten geäußert werden soll.

zu 8.13 Frau Dr. Burkert zum Marktschlößchen

Frau Dr. Burkert bemängelte fehlendes Toilettenpapier und nicht abschließbare Türen auf den neuen Toiletten im Marktschlößchen und bat um Prüfung.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.13 Frau Dr. Burkert zum Toilettenkonzept

Frau Dr. Burkert fragte, wann das Toilettenkonzept vorgestellt wird.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Teilpatenschaften für Bäume Vorlage: VIII/2025/01247

Die Verwaltung nahm die Anregung zur Kenntnis.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Frau Prof. Dr. Dalbert bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Prof. Dr. Dalbert
Ausschussvorsitzende

Sophia Waldowski
stellv. Protokollführerin